

Weissenheimer Zeitung

General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigeblatt der Stadt Weissenheim.

Fernsprecher Nr. 123.

Fernsprecher Nr. 123.

Erscheint
wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Samstag.
Bezugspreis: 3 M 30 & vierteljährlich frei ins Haus
oder durch die Post; in der Geschäftsstelle
abgeholt vierteljährlich 3 M — &.



Anzeigenpreis.
Der 6-spaltigen Pettzeile oder deren Raum für Weissenheim 15 &;
außwärtiger Preis 20 &. Reklamezeile 50 &. Hierzu 25% Zuschlag.
Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif.
Nr. 2789a der Reichspost-Zettlungsliste.

Nr. 17.

Für die Schriftleitung verantwortlich:
Arthur Jander in Weissenheim a. Rh.

Dienstag, den 10. Februar 1920.

Druck und Verlag von Arthur Jander
in Weissenheim a. Rh.

20. Jahrg.

Amtliche Bekanntmachungen.

F. B. 487. Rüdelsheim, den 2. Februar 1920.
Der vom Herrn Kommandierenden General veröffentlichte Beschluß betr. Zahlung der Luxus- und Weinsteuer, wodurch die Entscheidungen Nr. 7800 AC vom 27. April und HO 9070 vom 30. Mai 1919 abgeändert werden, erhält in den nachgenannten Ziffern folgende Fassung:
Ziffer 3 e) Gemälde, plastische und graphische Kunstwerke ebenso wie Kopien, deren Verkaufspreis von 200 M. übersteigt. Originalgemälde unterliegen der Luxussteuer nicht. (Die Fußnote zu dieser Ziffer fällt weg.)
Ziffer 3 k) erhält die Bezeichnung 3 j) und folgenden Wortlaut: „Teppiche und Drapien deren Preis 30 M. pro Quadratmeter“ übersteigt.
Ziffer 3 b) erhält die Bezeichnung 3 k.
Der kom. Landrat:
Dr. Mühlens.

Praktisch unmöglich!

Einwältige Abkündigung der Schmachforderung.
Mit einer seltenen Einmütigkeit stehen alle deutschen Stämme und Parteien, mit Ausnahme der Unabhängigen, dem Auslieferungsvorhaben der Entente gegenüber. Wer sich noch als Deutscher fühlte, den mußte ja dies schmachvolle Vorfahren mit Empörung und Entrüstung erfüllen. In allen Kreisen des deutschen Volkes herrscht die feste Überzeugung, in diese Schicksalsfrage nicht nachgeben zu können. Umwältiges nicht möglich zu machen. Ein äußeres Zeichen für die entschlossene Haltung des deutschen Volkes ist die Rundgebung des Reichsrates. Geschlossen haben sich die berufenen Vertreter der Einzelstaaten hinter die Reichsregierung gestellt und das Verlangen der Entente für unerfüllbar erklärt. Es steht die Ehre eines Volkes auf dem Spiel, da gibt es kein Bankrot und Nachgeben. Die Reichsregierung ist entschlossen, dem Auslieferungsvorhaben unter keinen Umständen nachzugeben und will sich auch durch Gewaltandrohungen von ihrem Entschluß nicht abbringen lassen.

Die Unmöglichkeit der Auslieferung.

Die Anwendung der Gewaltmittel ist jedoch nicht nur rechtlich unzulässig, sondern sie wäre auch unannehmlich. An der Tatsache läßt es sich einmal nicht rütteln, daß sich niemals eine Regierung in Deutschland finden würde, die das Verlangen der Entente durchzuführen imstande wäre. Selbst wenn sich schließlich eine Regierung dazu bereit erklären würde, so würden ihr die Exekutivorgane dazu fehlen. Sie würde taube Ohren befehlen. Im ganzen deutschen Reich würden sich kein Beamter und kein Soldat zu dieser Schmach ergeben. Reichswehrminister Dittke hat dem britischen Geschäftsträger in Berlin bereits vor einigen Tagen in einer Unterredung über die Auslieferung deutlich zu verstehen gegeben, daß er in der Auslieferung Angelegenheit nicht das geringste tun werde, um der Forderung der Entente zu entsprechen, nicht, weil ihm daran gelegen ist, den Friedensvertrag der Entente zu sabotieren, sondern weil kein Mensch in Deutschland in der Lage sei, diese Forderung des Friedensvertrages zu erfüllen. Die Truppe würde einem Befehl, bei der Auslieferung mitzuhelfen, niemals Folge leisten. Wer die Auslieferung versuche, würde den Bürgerkrieg entfesseln.

Ob sich die Militärs von der Unmöglichkeit der Auslieferung überzeugen lassen werden, steht noch dahin. Die einmütige Haltung des deutschen Volkes wird auf jeden Fall nicht ohne jeden Eindruck auf ihre künftigen Entschlüsse sein. Es kann nicht in ihrem Interesse liegen, uns völlig in den Abgrund zu stürzen, sie würden sonst Gefahr laufen, mit in das Chaos hinabgerissen zu werden. Und davon müssen sie schon ihre eigener Selbsterhaltungstrieb zurückschrecken.

Der Reichsrat stimmte in seiner letzten öffentlichen Sitzung der folgenden, vom preussischen Minister des Innern Heine verlesenen Erklärung zu:
„Der Reichsrat, als verfassungsmäßige Vertretung der deutschen Länder, bekennet sich zu dem heute kundgegebenen Standpunkt der Reichsregierung in der Frage der Auslieferung Deutscher an die Entente. Der Reichsrat, weit entfernt, jegliche strafbare Taten einer ordentlichen Untersuchung und Aburteilung vor deutschen Gerichten entgegen zu wirken, teilt die Empörung des deutschen Volkes über die Annahme der Entente, ihr Hunderte deutscher Männer auszuliefern. Der Reichsrat ist überzeugt, daß die Bevölkerung aller deutschen Länder hierbei entschlossen hinter der Reichsregierung steht. Auch er erklärt mit der Reichsregierung das Verlangen der Entente für unerfüllbar. Der Reichsrat appelliert gegen die dem deutschen Volke angetane Schmach an den Gerechtigkeitssinn der Welt.“

Die Lage.

Die deutsche Regierung ist bis jetzt noch nicht im Besitz der amtlichen Liste und der Begleitliste. Nach einer Havasmeldung hat ein Spezialkurier Donnerstagabend Paris verlassen, um die Liste nach Berlin zu überbringen. Nach dem „Temps“ hat die Vortischkonferenz den Text des ursprünglich festgelegten Begleitlistens abgeändert. Der Text soll dann auf telegraphischem Wege nach Berlin den französischen Geschäftsträger in Berlin de Marcellis übermitteln werden, der dann der deutschen Regierung die beiden Schriftstücke im Auftrage des Präsidenten der Friedenskonferenz Millerand überreichen wird.

Veratungen zwischen Regierung und Abgeordnete n.
Abgeordneter Scheidemann, der Vorsitzende des Ausschusses der Nationalversammlung für auswärtige Angelegenheiten, ist aus Kassel in Berlin eingetroffen und hat mit dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und dem Minister des Auswärtigen sowie mehreren Parteifreunden Besprechungen über die Lage gepflogen.

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten wird Montag nachmittag zusammentreten. An demselben Tage werden auch wahrscheinlich die Ministerpräsidenten der Einzelstaaten sich in Berlin versammeln.

Für Sonnabend ist der Vorkommensausschuss der Fraktionen der Nationalversammlung einberufen, ferner sind, wie bereits berichtet, die Vorsitzenden der Fraktionen zu einer Besprechung beim Reichskanzler eingeladen.

Der deutsche Geschäftsträger Dr. Mayer wird vorläufig in Berlin bleiben, um an den Beratungen der Regierung teilzunehmen. Da auch Freiherr von Berner Paris inzwischen verlassen hat, so ist die deutsche Regierung augenblicklich ohne jeden Vertreter in der französischen Hauptstadt.

Die Stellung unserer Heeresführer.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff stehen in der Auslieferungfrage auf dem Standpunkte des Beschlusses, der am 7. Januar in der Versammlung der Heeresführer gefaßt wurde. Also auch sie sind, wie Generalfeldmarschall von Bülow, der Ansicht, daß sich kein Deutscher freiwillig ausliefern lassen dürfe. Die gleiche Ansicht vertritt jetzt auch Graf Montgelas, früherer General der Kavallerie, später Mitherausgeber der amtlichen Veröffentlichung der Kriegsdokumente. Montgelas habe früher für freiwillige Stellung plädiert, angefaßt der alle Begriffe übersteigenden Ungehörlichkeit der Liste sah er sich jedoch jetzt veranlaßt, von einer freiwilligen Stellung abzusehen. Der Name Montgelas wird übrigens in der Liste erwähnt.

Auf der Auslieferungsliste ist auch der Name des deutschnationalen Abgeordneten der Nationalversammlung D. Mumm verzeichnet. Wie der Abgeordnete erklärte, sind ihm die Gründe, weshalb seine Auslieferung verlangt wird, vollkommen unbekannt. Er stand als Feldprediger im Felde und war niemals an der Westfront gewesen. Trotzdem wird jetzt seine Auslieferung von französischer Seite verlangt.

Der von der Entente angeforderte frühere Chef der Zivilverwaltung von Belgien v. Sandt ist bereits vor längerer Zeit gestorben.

Der Großherzog von Hessen.

Ganz unverständlich erscheint die Anforderung des Großherzogs von Hessen durch die Entente.

„Der Großherzog von Hessen war während des Krieges ein einziges Mal in Frankreich, wo er den Soldaten Suppe in die Teller füllte. Er war ein einfacher Gegner der alldutschen Politik und hat sich sicher keines „Kriegsverbrechens“ schuldig gemacht. Ausgerechnet dieser gutmütigste von den ehemaligen Landesherren steht auf der Liste der Verlangten, die der Schadenfreude boshafter Elemente in den Ententeländern zum Opfer gebracht werden sollen.“ — Die hessischen Minister Heinrich und v. Brentano; letzterer zugleich als Führer der hessischen Zentrumspartei, die deutsch-demokratische Partei und die Deutsche Volkspartei haben gegen das wahnwitzige Verlangen der Auslieferung des ehemaligen Großherzogs von Hessen energisch Einspruch erhoben.

Das Echo der Verbandsforderung.

Die gesamte österreichische Presse würdigt die Haltung Deutschlands in zustimmender Weise. Die Entente wird eindringlich gewarnt, Deutschland durch unflätliche Forderungen zum Auslieferung zu treiben. Die holländischen Blätter erkennen an, daß die Erfüllung der Auslieferungspflicht über Menschenkraft gehe und von Deutschland abgelehnt werden müßte denn eine Fügung wäre gleichbedeutend mit einer Todesurteil. Die holländische Presse empfiehlt schließlich eine Zwischenform in der Weise, daß die Zentralen bei der Feststellung der Anklagefälle mitzulesen würden. Ähnliche Anregungen werden auch in der Schweiz laut.

Von der Auslieferungsliste.

Admirale und U-Boot-Kommandanten.

Die einstweilen bekanntgewordene Personenverzeichnis weist eine Unmenge von Ungenauigkeiten und Fehler auf, so daß eine genaue Durcharbeitung der Liste überaus erschwert wird. Auch enthält das Verzeichnis Namen, bei denen jeder weitere Hinweis fehlt. Dem Reichswehrminister ist es daher nur auf Grund der amtlichen Liste möglich sein, genaue Auskunft auf die zahlreichen Anfragen zu geben. Die Admiralität dagegen ist bereits in der Lage, nach einer genauen Durcharbeitung der Liste die Namen aller geforderten Marineoffiziere anzugeben. Sämtliche Marineoffiziere werden von England angefordert, mit Ausnahme von acht U-Boot-Kommandanten, deren Auslieferung Stellen verlangt.

Von der Admiralität wird die Auslieferung aller drei überlebenden Chefs des Admiralstabes, der Admirale Bachmann, Koch und Paul Behndt gefordert. Die beiden Staatssekretäre v. Capelle und v. Sirpy stehen ebenfalls auf der Liste, ebenso wie der Flottenchef, die Admirale v. Ingenoch, v. Sauer und v. Hipper. Der Chef des Stabes der Hochseeflotte, Admiral v. Trotha, befindet sich ebenso unter den Auszulieferenden, wie der ehemalige Chef des Marinekabinetts Admiral v. Müller. Ein Kommandierender Admiral — v. Schroeder —, ein Kreuzeradmiral, v. Kappeler, die Kreuzerkommandanten Otto v. Bülow und Max Leonhardi sowie der Kommandant des Hilfskreuzers „Wolf“, Kapitän zur See Werner vervollständigen die Liste, die einen Offizierskommandanten, den Kapitän zur See Böcker enthält. Weiter werden

29 U-Boot-Kommandanten

angefordert, u. a. Arnould de la Perriere, Wilhelm Kiese wetter, v. Mellenthin, Robert Morath, Otto v. Schrader, Steinbauer, Otto Steinbrink und Max Wallentiner. Unter diesen 29 U-Boot-Kommandanten befinden sich elf Ritter des Ordens „Pour le merite“.

Rolle an die Marine.

Auf die telegraphische Mitteilung des Chefs der Admiralität, daß die Marine in unabweisbarer Weise vor Admiral v. Trotha, ihrem Führer, stehen und erwarten, daß er, gestützt auf das unerlöschliche Vertrauen der ganzen Marine, auf seinem Posten verbleibe, hat der Reichswehrminister folgendes geantwortet:

„Der Marine versichere ich, daß weder die Auslieferung des Vizeadmirals v. Trotha, noch eines anderen Deutschen in Frage kommen darf. Ich denke nicht daran, mich von meinem geschätzten Mitarbeiter, dem Chef der Admiralität, zu trennen, weil sein Name auf der Auslieferungsliste steht.“
ges. Roste, Reichswehrminister.“

Graf Bernstorff auf der Auslieferungsliste.

Bekanntlich enthält die Auslieferungsliste auch den Namen des Grafen Bernstorff. Es dürfte sich aber bei dem auf der Liste genannten Grafen Bernstorff gar nicht um den früheren Vortischler in Washington handeln, sondern um einen Grafen Bernstorff, der längere Zeit Stadtkommandant von St. Quentin war, und dem von der französischen Besatzung weitgehende Übergriffe vorgeworfen werden.

Hannover schützt Hindenburg.

In Hannover hat eine Massenbewegung gegen die Auslieferung deutscher Männer an die Entente eingesetzt. In Versammlungen und Vereinen wird erklärt, man werde Hindenburg auf keinen Fall herausgeben. Die Bewegung soll über die ganze Provinz ausgedehnt werden.

Vor der Einberufung des Parlaments.

Sonabend nachmittag um 4 Uhr begannen in der Reichskanzlei die Besprechungen des interfraktionellen Ausschusses der Nationalversammlung mit Mitgliedern der Regierung. Anschließend finden in Reichskanzlei Beratungen der Fraktionsvorsitzenden statt. Da Note und Auslieferungsliste der Entente noch immer nicht überreicht sind, ist kaum zu erwarten, daß bald über den Zusammentritt der Nationalversammlung endgültig Beschluß gefaßt wird.

Die in Berlin anwesenden Mitglieder der deutschnationalen Fraktion der Nationalversammlung beschloß einstimmig, aus Anlaß des Auslieferungsvorhabens die Einberufung der Nationalversammlung zu fordern.

Politische Rundschau.

— Berlin, 6. Februar 1920.

Der deutsche Gesandte Freiherr v. Duesen wurde vom König und der Königin von Schweden in Uppsala empfangen. Der König schenkte dem Gesandten ein Bild.

Der Ausschuss der Landesversammlung für die Beamten der abzutretenden Gebiete hat den Gesetzentwurf der Regierung in erster Lesung angenommen, der die Unterbringung der mittleren Staatsbeamten in den preussischen Gebietsteilen regeln soll.

Auslieferung des Kronprinzen gefordert. Der „Matin“ meldet aus dem Haag, daß die Alliierten in nächster Zeit eine Note an Holland richten werden, in der sie die Auslieferung des Kronprinzen fordern, der gleichermaßen angeschuldigt ist wie die auf der Liste der Alliierten stehenden Schuldigen. Bekanntlich steht der Name des Kronprinzen auch auf der Liste, die der deutschen Regierung übergeben worden ist. Das kann nur den Sinn haben, daß Deutschland seinerseits die Auslieferung von Holland verlangen soll. Nach dem bestehenden deutsch-holländischen Auslieferungsabkommen kann eine Auslieferung des Kronprinzen nur dann erfolgen, wenn er irgendwelcher Taten beschuldigt wird, wegen der Holland Verbrecher ausliefert, und zwar unter der Bedingung, daß er ausschließlich wegen dieser Verbrechen und nur von einem deutschen Gerichte belangt werden würde. Daß Holland einer direkten Auforderung der Entente nachkommen wird, erscheint nach der entschiedenen Ablehnung einer Auslieferung des Kaisers ausgeschlossen.

Der Wahlkampf um die Nordmark. Nur noch wenige Tage, und die Stimmberechtigten der ersten Zone treten zum Wahlgang an. Insgesamt sind es 109 745, die am Dienstag über die Zukunft Nord-Schleswigs entscheiden sollen. Sie verteilen sich auf die vier Kreise wie folgt: Hadersleben 44 361, Apenrade 22 271, Sonderburg 24 281 und Tondern 18 832. Die Zahlen der Abstimmungsberechtigten in den Städten selbst sind folgende: Hadersleben 9408, Apenrade 5583, Sonderburg 5284 und Tondern 3458. In Stimmberechtigten von außerhalb werden in diesen Städten erwartet: In Tondern aus Deutschland 1400, aus Dänemark 200, in Apenrade aus Deutschland 1150, aus Dänemark 500, in Hadersleben aus Deutschland 1100, aus Dänemark 1550, in Sonderburg aus Deutschland 1100, aus Dänemark 450.

Veratungen über das Reichswohlfahrtsgesetz. Am Dienstag fand in Stuttgart eine Besprechung von Vertretern der süddeutschen Regierungen über den Entwurf des Reichswohlfahrtsgesetzes statt, der den süddeutschen Regierungen zur Aeußerung zugegangen ist. Dabei wurde einstimmig von den süddeutschen Regierungen die Auffassung vertreten, daß sie auf diesem Gebiete nicht mehr haben wollen, als ein Reichsrahmengesetz und daß sie jeden Eingriff des Reiches in die organisatorischen Fragen ablehnen. Die Selbstverwaltung der einzelnen Länder müsse wegen ihrer kulturellen Verschiedenheit gewahrt und ihnen die Verwaltungsbefugnisse vorbehalten bleiben.

Aufhebung von Zeitungsverboten. Von den verbotenen unabhängigen und kommunistischen Tageszeitungen dürfen folgende wieder erscheinen: die „Volksstimme“ in Hagen, „Düsseldorfer Volkszeitung“, „Arbeiter“ in Buer und „Volkstribüne“ in Elberfeld. Vom 7. d. M. an ist auch die „Dortmunder Zeitung“ wieder erlaubt. Das Organ der Berliner Unabhängigen, die „Freiheit“, sowie die kommunistische „Rote Fahne“ dürfen vom Montag ab wieder erscheinen.

— Berlin, 7. Februar 1920.

Der bayerische Ministerpräsident hat dem Reichskanzler telegraphisch eine Konferenz der deutschen Erziehungsdirektoren vorgeschlagen.

Die Dirschauer polnische Ortskommandantur hat dem Bürgermeister von Dirschau zu der Erklärung beauftragt, daß die Kommandantur die Denkmalerentfernung bewaue und die Schuldigen zur Verantwortung ziehen werde.

Die Reise der preussischen Minister. Der preussische Ministerpräsident Hirsch und Finanzminister Sösemann trafen in Reutwig mit den Vertretern des Mittelrheins und der Stadt Koblenz zusammen. Von einem Besuch der Stadt Koblenz selbst ist angesichts der in Koblenz anwesenden hohen Kommission abgesehen worden. Der Ministerpräsident teilte in seiner Ansprache mit, daß die Reichsregierung weitere Summen für die durch das Hochwasser Geschädigten bewilligt habe. Von dort aus führen die Minister nach Wiesbaden weiter.

Gegen die sittliche Verwahrlosung der Jugend. richtet sich eine besondere Verfügung des preussischen Kultusministers an die Provinzialschulkollegien und Regierungen. Immer deutlicher zeigen sich, heißt es darin, die nachteiligen Einwirkungen, die der Krieg mit seiner Folgeerscheinungen auf das sittliche Leben unserer Jugend ausgeübt hat. Besonders in den Großstädten machen sich die Schäden bemerkbar, die die ernsteste Aufmerksamkeit aller am Werke der Erziehung Beteiligten verlangen. Namentlich sind bei der Überhandnahme des Alkoholkonsums, die Entziehung der Schulpflicht am Schleichhandel und an Schiebergeschäften, sowie der Besuch für die Jugend nicht geeigneter Filmvorführungen zu bekämpfen. Der Minister erwartet von den Behörden, daß sie diese Erscheinungen mit allem Ernst verfolgen und in geeigneter Weise die Lehrerkollegien veranlassen, vereint mit den Elternbeiträgen den Schäden entgegenzutreten. Die Abhaltung von Elternabenden hält der Minister für ein sehr geeignetes Mittel zur Bekämpfung der Uebelstände.

Ausdehnung der Elternbeitragswahlen. Die Schwierigkeiten bei der Durchführung der Erlasse über die Elternbeiträge haben sich gehäuft, auch an höchst unerfreulichen Erscheinungen, die die Schule zum Schauplatz politischer Kämpfe zu machen drohen, hat es bei den Vorbesprechungen zu den Wahlen nicht gefehlt. In der Preussischen Landesversammlung haben die Demokraten unter Mitwirkung des Zentrums und der Deutschen und Deutschnationalen Volkspartei einen Antrag eingebracht, der das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ersucht, zu verfügen, daß die Wahlen zu den Elternbeiträgen vorläufig ausgesetzt und die bisher ergangenen Erlasse in dieser Frage dem verstärkten Unterrichtsausschuss zur Prüfung unterbreitet werden. Die Parteien stehen grundsätzlich auf dem Boden der Zulassung von Elternbeiträgen in der Schulverwaltung, sie glauben aber, daß die Erlasse durch Beratungen im Sachausschuss beseitigt werden müssen.

Auf nach der Nordmark! Der deutsche Ausschuss für das Herzogtum Schleswig erläßt folgenden Ruf: Der letzte Mann muß unbedingt zur Abstimmung. Die erste Zone ist noch nicht verloren. Die Vorkriegsregelung hat im dänischen Lager die größte Befürchtung hervorgerufen. Viele Dänen wollen weiße Stimmzettel abgeben. Es kommt auf jede deutsche Stimme an.

Die Besetzung der Polen zugesprochenen Gebiete vollzogen. Die Besetzung der Polen zugesprochenen Gebiete Deutschlands ist vollzogen. Die polnischen Truppen stehen an der neuen polnisch-deutschen Grenze. In Danzig wird in den nächsten Tagen die polnisch-deutsche Grenzkommission, welche die endgültige Festsetzung der polnisch-deutschen Grenze vornehmen soll, eintreffen. Sitz der Kommission wird dann ständig Polen.

Ein neuer polnischer Hebergriff. Ein besonders trauriger Fall polnischer „Justiz“ hat sich in der Nähe von Thorn ereignet. Dort wurde auf einem Gute ein früher dem Detachement Kossach angehörnder Leutnant Schulz, der schon seit Monaten aus dem Militärdienst ausgeschieden und in der Landwirtschaft tätig war, von den Polen verhaftet und kurzfristig zum Tode verurteilt. Kameraden vom Bataillon Kossach erfuhren zufällig davon, und es gelang, durch Vermittlung der Entente-Kommission in Warschau wenigstens den Ausschub der Vollstreckung des Urteils zu erreichen.

Luer stellt sich. Der vormalige bayerische Minister des Innern Erhardt Luer (Mehrheitssozialist) erklärt, er werde sich, sobald es sein Gesundheitszustand zuläßt, der Entente zur Verfügung stellen. Es sei belanglos, welche Beschuldigungen gegen ihn erhoben werden oder ob er sie einer Denunziation verdankt. Seiner Schuldlosigkeit bewußt, stelle er sich, um der Regierung und dem Volke keine Schwierigkeiten zu machen. Keinem Gefangenen dürfe die Heimkehr auch nur um einen Tag verzögert werden. Außerdem tue es not, über die gegen die deutsche Kriegführung erhobenen Vorwürfe Klarheit zu schaffen.

Rundschau im Ausland.

Der Rat des Völkerbundes wird am 11. Februar in London zu seiner zweiten Sitzung zusammengetreten. Er wird sich hauptsächlich mit der Beratung des Saargebietes und mit dem Statut der Freistadt Danzig beschäftigen.

Die Pariser Vorkonferenz hat beschlossen die Eibe- und Oberkommission, deren Einsetzung der Friedensvertrag vorsieht, durch die französische Regierung einberufen zu lassen. Bekanntlich sind die Eibe und die Ober nach dem Vertrage als internationale Plätze anzusehen.

Die holländische Kammer hat bei der Beratung des Stats der auswärtigen Angelegenheiten einen Antrag angenommen, in dem sie der Weigerung der Regierung, den Kaiser auszuliefern, ausdrücklich zustimmt.

Der französische Kriegsminister hat zum 1. Februar die Aufhebung von 17 Infanterie-Regimentern verfügt. Eine Reihe von Regimentern ist bereits früher aufgehoben worden.

Der Friedensvertrag von Versailles ist jetzt vom südlawischen Königreich ratifiziert worden. Die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland sollen sobald als möglich wieder aufgenommen werden.

Die nächste Nordstaatenkonferenz in Aiga, zu der auch die skandinavischen Länder eingeladen werden sollen, wird sich mit der Frage der Neutralisierung der Dänische befassen.

Oesterreich: Die Auslieferungszwangsungen an Desterreich und Ungarn.

Der Wiener Mittagspost zufolge dürften in der neuen Zeit auch die Auslieferungszwangsungen der Entente an Oesterreich und an Ungarn gestrichelt werden. Im Sinne des Friedensvertrages von St. Germain hat Oesterreich sich verpflichtet, jede Person auszuliefern, die die Entente fordern wird. Außerdem verpflichtete sich die Oesterreichische Regierung in demselben Teil des Friedensvertrages, alles zur Förderung des Prozesses notwendige diplomatische und militärische Material in vollem Umfange zur Verfügung zu stellen. Die Vorarbeiten zur Fertigstellung der Liste der auszuliefernden Oesterreicher und Ungarn sind bereits durchgeführt. Die Liste ist nicht groß. Deutscherseits werden aber die namhaften Oesterreichisch-ungarischen Staatsmänner und Generale zur Verantwortung gezogen. Die Liste enthält u. a. die Namen der Generale Botioroff, Krs, Koevch und Borowitsch, sowie des Erzherzogs Joseph. Unter den Politikern befindet sich Graf Berchtold. In Komplikationen wird das Auslieferungszwangsungen schon dadurch führen, daß mehrere der auszuliefernden Personen sich in neutralen Staaten befinden.

Oesterreich: Das Wiener Glend.

In der niederösterreichischen Landesversammlung sprach der Wiener Vizebürgermeister Winter über die Notwendigkeit der Bekämpfung der Tuberkulose. Nach seiner Ausführung hat Wien gegen 300 000 unterernährte junge Menschen bis zu 19 Jahren. Gegenwärtig sind in Italien, der Schweiz, Deutschland und in den skandinavischen Ländern insgesamt 34 000 Wiener Kinder und gegen 1000 Kinder aus Niederösterreich. In einigen Monaten wird die Zahl 60 000 erreicht sein. Dank dem tatkräftigen Eingreifen des amerikanischen Volkes wurden etwa 100 000 Kinder vor dem Verhungern bewahrt. Es bleiben aber noch immer 120 000 übrig, für die nicht gesorgt ist. Der Redner appellierte an die Bauern, an der Kinderhilfeaktion teilzunehmen.

Italien: Die Marine für d'Annunzio.

Die Mannschaften und Offiziere des gegen Rom entwandten italienischen Geschwaders haben auf offener See gemuert und erklärt, lieber zu d'Annunzio übergehen zu wollen, als einen Schutz auf die italienische Stadt abzugeben. Der kommandierende General hat daraufhin das Geschwader nach Ancona zurückkehren lassen, wo ihm ein befehlter Empfang bereitet wurde.

Bulgarien: Kommunistenverhaftungen in Bulgarien.

Die Verhaftungen von Kommunisten dauern fort. In Sofia wurden 230, in Pilschpöpel 350 und in Plema 209 Eisenbahner verhaftet. Aus einem von den Behörden beschlagnahmten Dokument geht hervor, daß die Bolschewisten auf den 1. Mai einen Staatsstreich planen zum Zwecke der Umwandlung des Regimes.

Die amerikanische Hilfsaktion

Lebensmittelsendungen aus Amerika.

Die Hoover'sche neue Lebensmittelaktion für Deutschland hat der „A. B.“ zufolge in den Vereinigten Staaten mit der angekündigten großen Propaganda eingesetzt und gleich in den ersten Tagen einen beträchtlichen Erfolg gezeitigt. Von den in der „American Banking Association“ zusammengefaßten

20 000 Banken, die sich zur Entgegennahme von Spenden für Deutschland bereit erklärt haben, sind nach zwei Tagen Propaganda über 800 bereits mit telegraphischen Ersuchen um schleunigste Lebensmittelsendung der entsprechenden Botschafter an das Hoover'sche Büro herangetreten, da die Einzahlungen in überaus großer Zahl sofort begonnen haben. Auch die Verschiffung von Lebensmitteln nach Deutschland hat schon eingesetzt. Der erste Dampfer, der schon am 4. Januar im Hamburger Hafen eingetroffen war und 4000 Tonnen Weizenmehl und rund 50 000 Pfund kondensierte Milch für Deutschland brachte, ist bereits ausgeladen. Zwei andere amerikanische Dampfer die Waren nach England führen, haben Corned Beef für Deutschland an Bord. Weitere amerikanische Dampfer sind von der amerikanischen Westküste (San Francisco) mit Hohnen auf dem Wege durch den Panamakanal nach Deutschland.

In Hamburg werden dann die einzelnen Lebensmittelsendungen zusammengefaßt. Nach sorgfältiger Erwägung ist Hoover zu dem Entschluß gelangt, nur zwei Normalpakete für Lebensgabenentwungen zuzulassen, eines zu 10 Dollar und eines zu 50 Dollar. Das 10-Dollar-Paket wird ungefähr folgendes enthalten: rund 24 englische Pfund (1 englisches Pfund ist ungefähr 450 Gramm) amerikanisches Weizenmehl, etwa 10 Pfund Bohnen, etwa 8 bis 10 Pfund Speck oder Fett in Kannen und 8 bis 10 Pfund kondensierte Milch, die Dose ungefähr zu 1/2 Pfund.

Das 50-Dollar-Paket wird enthalten: ungefähr 150 englische Pfund amerikanisches Weizenmehl, ungefähr 48 Dosen kondensierte Milch ungefähr 16 Pfund Fett oder Speck, 60 Pfund Bohnen und 20 Pfund Cornedbeef.

Mit der Verladung der Pakete in Deutschland wird voraussichtlich erst Ende dieses Monats begonnen werden können, bis die den Inhalt der Pakete bildenden verschiedenen Waren in Hamburg eingetroffen sein werden.

Die Wirkungen der Steuernachricht.

Was erspart man durch Verichtigung eines zu niedrig angegebenen Wehrbeitragsvermögens?

Das Gesetz über Steuernachricht, dessen Bestimmungen für die bevorstehenden Steuererklärungen zur Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs und zum Reichsnotsteuer von allergrößter Bedeutung sind, bringt u. a. die Rechtswohlthat, daß ein zu Beginn des Jahres 1914 anlässlich der Veranlagung zum Wehrbeitrag zu niedrig angegebenes Vermögen jetzt berichtigt werden kann. Die Bestimmung, § 2 des Gesetzes, lautet:

„Für die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs wird das Anfangsvermögen, das der Veranlagung zugrunde zu legen ist, berichtigt, wenn der Steuerpflichtige nachweist, daß Vermögen, welches er oder sein Erblasser bereits am 31. Dezember 1913 gehabt hat, bei der Veranlagung zum Wehrbeitrag nicht berücksichtigt worden ist. Von dem nicht berücksichtigten Vermögen wird der zehnfache Betrag des zu wenig veranlagten Wehrbeitrages erhoben. Hierüber ist ein schriftlicher Steuerbescheid zu erteilen.“

Die Bestimmung des § 2 des Gesetzes über Steuernachricht bietet die einzige Möglichkeit, ein wesentlich zu niedrig angegebenes Anfangsvermögen zu berichtigen und dadurch die hohen Steuerätze der Vermögenszuwachsabgabe zu vermeiden, die nach einem gestaffelten Tarif schon bei 100 000 Mark 30 500 Mk. beträgt, den darüber hinausgehenden Zuwachs belastet mit 50 Prozent, 60 Prozent, 80 Prozent belastet und den 375 000 Mark übersteigenden Zuwachs mit 100 Prozent, also restlos in Anspruch nimmt, bereit daß in keinem Falle der Abgabepflichtigen ein Vermögenszuwachs von mehr als 172 000 Mk. verbleiben kann.

Bei dieser Sachlage kann den in Betracht kommenden Steuerpflichtigen nur angezeigentlich werden, von der jetzt und zwar zum ersten und letzten Male gebotenen Vergünstigung Gebrauch zu machen. Der Abgabepflichtige erwirbt dadurch nicht nur die innere Befreiung, steuerlich geworden zu sein er erspart dazu erhebliche Summen trotz Nachzahlung des zehnfachen Betrages des zu wenig veranlagten Wehrbeitrages. Zur Erläuterung ein Beispiel:

Endvermögen am 30. 6. 1919	800 000 Mark
Wirkliches Vermögen am 31. 12. 1913	400 000 Mark
Deklariertes Vermögen am 31. 12. 1913	200 000 „
Zuwachs	600 000 „
Abgabefreier Betrag	5 000 „
Abgabepflichtiger Zuwachs	595 000 „
Abgabe davon	428 000 „
Tagegen bei richtiger Angabe des Anfangsvermögens:	
Endvermögen	800 000 Mark
Ab Anfangsvermögen	400 000 „
Ab abgabefreier Betrag	5 000 „
Abgabepflichtiger Zuwachs	395 000 „
Abgabe davon	228 000 „
Wehrbeitrag von 200 000 Mark	750 Mark
Wehrbeitrag von 400 000 Mark	2150 Mark
Zu wenig gezahlt	1400 Mark
Das 10fache des zu wenig veranlagten Wehrbeitrages	14 000 „
Zusgesamt zu zahlen	242 000 „
Gegenüber dem Betrag, der ohne die Vergünstigung des § 2 zu zahlen wäre, ergibt sich eine Ersparnis von 186 000 Mark.	

Der Vorteil ist so in die Augen fallend, daß derjenige der von der jetzt gebotenen Möglichkeit der Verichtigung des Anfangsvermögens nicht Gebrauch macht, in der empfindlichsten Weise sich selbst schädigt ganz abgesehen davon, daß nach § 3 des Gesetzes über Steuernachricht Vermögen, das bei der Veranlagung zur Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs vorläufig verschwiegen wird, restlos dem Fiskus verbleibt. Von der Bestimmung des § 2 des Gesetzes über Steuernachricht darf daher eine nachhaltige Förderung der Steuerpflichtigen und eine wesentliche Erleichterung der Erträge der direkten Steuern, die dringend geboten ist im vaterländischen Interesse, mit Zuversicht erwartet werden.

Lozales und Provinzielles.

B. Weissenheim, 10. Febr. Der dritte Vortrag des Herrn Justizrat Dr. Fuld, der auf Veranlassung des Kaufmännischen Vereins Mittel-Rheingau am 4. ds. stattfand und die Kriegsabgabe auf das Mehreinkommen behandelte, war gut besucht. Als Einkommen gilt das nach den einzelnen bundesstaatlichen Steuer-Gesetzen steuerpflichtige Einkommen. Zur Ermittlung des Mehreinkommens wird zunächst das im Jahre 1914 und 1918 gehabte Einkommen zu Grunde gelegt. An Stelle des Einkommens von 1914 kann man aber, wenn man sich dabei besser stellt, auf die Einkommensziffer in den drei Friedensjahren 1912, 1913 und 1914 zurückgreifen und daraus den Durchschnitt feststellen, welcher dann dem Kriegs-Einkommen im Jahre 1918 gegenüber zu stellen ist. Es sind aber nicht nur natürliche bzw. Einzel-Personen, sondern auch juristische Personen bzw. Gesellschaften für das Kriegsmehreinkommen steuerpflichtig. Die Kriegsabgabe ist abgestuft und bringt für Einzel-Personen je nach der Höhe des festzustellenden Mehreinkommens eine steuerliche Belastung bis zu 70 vom Hundert, für Gesellschaften bis zu dieser Höhe eine ganz außerordentliche ist, da auch noch die anderen laufenden Steuern zu berücksichtigen sind, so ist bestimmt worden, daß der Gesamtaufwand an Steuern 90 vom Hundert nicht überschreiten soll. Eine etwa sich ergebende Mehrbelastung wird dann von der Steuer für das Mehreinkommen abgezogen. Wer durch Erbschaft, Schenkung vielleicht auch durch Auszahlung von Versicherungspolice in den Jahren vor 1918 Vermögen erworben hat und dessen Zinsen 1918 mit versteuert hat, kann dem Friedenseinkommen 5% dieser Einkünfte hinzurechnen, dadurch wird der Unterschied zwischen Friedens- und Kriegs-Einkommen geringer und die Abgabe vermindert. Die gesetzlich zulässigen Abschreibungen sind nicht steuerpflichtig, ebensowenig die Lantien der Beamten und Geschäftsführer, während Aufsichtsrats- Lantien steuerpflichtig sind. Spezialrücklagen zählen zum Gewinn und müssen versteuert werden. Der Unterschiedsbetrag bei der Feststellung des Mehreinkommens wird auf volle Tausende nach unten abgerechnet. Das Kinder-Privilegium kommt bei der Feststellung der Kriegsabgabe aus dem Mehreinkommen nicht in Betracht. Bei Entrichtung der Abgabe werden Kriegsanleihen zum Nennwert, also zum vollen Wert in Zahlung genommen, wenn sie vom Zinsen selbst gezeichnet sind oder zu einem noch festzusetzenden Kurswert, wenn sie sonst käuflich erworben sind. Zur Vermeidung von Härten können auch noch von den Vorschriften dieses Steuergesetzes abweichende Festsetzung des Mehreinkommens verfügt werden. An den Vortrag anschließende Anfragen aus der Reihe der Zuhörer förderten noch einige wichtige Aufschlüsse zu Tage.

Weissenheim, 9. Febr. Am gestrigen Sonntage nach dem Hochamte erhielt die neue St. Nepomuk-Statue auf der Römerbergbrücke die kirchliche Weihe. In seiner Predigt wies unser hochw. Herr Stadtpfarrer Stähler darauf hin, wie die alte Statue seit 1755 so viele Generationen an sich vorbeiziehen sah und die wechselvollsten Geschehnisse unserer Vorfahren miterlebte. Drum erhob sich auch ein Schrei der Entrüstung als am 4. September 1919 nichtswürdige Hundenhände die Freveltat begingen, die altbewährte Statue in den Bach zu stürzen und dadurch auch noch den guten Ruf der Vaterstadt nach außen zu schädigen. Der Herr Pfarrer fand dann warme Worte des Dankes für den Magistrat und Herrn Bürgermeister Dr. Schneider, welche so rasch die neue Statue herrlicher wieder erstehen ließen, gleichsam als flammender Protest gegen die Freveltat und als Bekenntnis der Stadtverwaltung zu den alten christlichen Grundgesetzen, denen Vaterstadt und Vaterland ihr Blühen und Gedeihen verdanken. Der Meister des vollendeten Kunstwerks, der akademische Bildhauer Leonhard-Höfch, habe das Renovationsjahr 1920 in den Sockel eingemeißelt, damit künftige Geschlechter lesen mögen, daß man in den Zeiten des völligen Umsturzes, der politischen Wirren und größten Not, doch noch Verständnis und Mittel für ein christliches Monument hatte. Redner schloß mit dem Wunsche, daß das hehre Wahrzeichen unserer Vaterstadt dereinstens auch wieder bessere Zeiten und besonders den glücklichen Aufstieg des Vaterlandes erblicken möge. Der neugegründete Kirchenchor unter Herrn Burgers trefflicher Leitung verschönte durch den vollendeten Vortrag von „Die Himmel rühmen des Ewigen Ehre“ die schlichte aber eindrucksvolle Feier.

D. Weissenheim, 9. Febr. (Fußballsport). Eine vielhundertköpfige Menschenmenge war am vergangenen Sonntag Zeuge eines aufregenden und interessanten Wettkampfes zwischen „08 Weissenheim“ und Viktoria-Griesheim. Der Spielplatz auf der Bleiche war leider noch durch das Hochwasser in schlechter Verfassung, welches sich im Laufe des Spieles recht unangenehm bemerkbar machte. Mit dem Anpfiffe des Schiedsrichters entwickelte sich sofort ein schnelles Tempo, beide Parteien noch sehr aufgeregt, bei Griesheim fiel das allzulauter Spiel nicht gerade gut auf. Nach und nach fanden sich beide Mannschaften immer besser zusammen und recht gefährliche Situationen entstanden vor beiden Toren. In der 12. Minute gelang es dem Halbrechten von 08 durch einen Durchbruch das erste Tor für seine Farben zu erzielen. Das Spiel wird jetzt noch spannender, Griesheim legte mächtig vor, doch alle ihre Bälle scheiterten an der sicheren Verteidigung von 08 oder in der Hand des vorzüglichen Torwächters. Ein Spieler von „Viktoria“ mußte infolge einer Verletzung durch Ausgleiten eine Zeitlang ausscheiden. Mit 1:0 wurde gewechselt. Jetzt spielte Weissenheim etwas überlegen, aber auch die gegnerische Verteidigung und besonders der Torwächter waren auf der Höhe. Doch gelang es dem unverwundlichen Mittelstürmer von 08 durch einen blitzschnellen Durchbruch in der Mitte die Verteidigung zu umspielen und ebenso den auch zur Hilfe eilenden Torwächter und bei einem Beifallssturm der ganzen Zuschauermenge konnte das zweite Tor für Weissenheim gebucht werden. Bis 4 Minuten vor Schluß konnte 08 dieses Resultat beibehalten, wo durch ein unvermeidbarer Zufall ein Selbsttor das Ehrentor für Griesheim wurde. Mit dem Siege 2:1 hat sich somit Weissenheim zwei weitere wertvolle Punkte gesichert. Das Spiel selbst wurde von dem Verbandschiedsrichter in un-

parteiischer Weise geleitet. — Zuvor trug die 2. Mannschaft 08 ihr Rückspiel gegen die 2. Mannschaft des Fußball-Vereins „Haffia“-Kempten aus. Letzgenannter Verein welcher durchaus nicht zu unterschätzen ist, lieferte mit der hiesigen Mannschaft ein sehr interessantes Spiel, mußte aber doch nach Schluß des Spieles mit einer Niederlage von 5:3 Toren das Spielfeld verlassen.

Weissenheim, 10. Febr. Nach Mitteilung der Versorgungsstelle zu Wiesbaden gilt das städtische Krankenhaus zu Eltville als ein Teil der Reichskrankenanstalt zu Wiesbaden. Es ist daher möglich, ehemalige Heeresangehörige die infolge erlittener Dienstbeschädigung einer Lazarettbehandlung nochmals bedürfen, in das Krankenhaus zu Eltville auf Staatskosten aufzunehmen. Vor der Aufnahme ist jedoch ein diesbezüglicher Antrag bei der Versorgungsstelle zu Wiesbaden zu stellen.

Weissenheim, 10. Febr. Die Absender von Postpaketen nach dem Saargebiet befolgen häufig nicht die neuen Vorschriften über die Beigabe der von der Befahungsbehörde geforderten Begleitpapiere (je eine Zollinhaltsklärung in deutscher und in französischer Sprache, Anmeldebchein für die Statistik des Warenverkehrs, Ausfuhrklärung und, wenn die zollfreie Einfuhr der Pakete in das Saargebiet beansprucht wird, auch Ursprungszeugnis). Die Nichtbeachtung der Vorschriften kann die Zurückweisung der betreffenden Pakete, das Fehlen eines Ursprungszeugnisses insbesondere die Forderung sehr hoher Zollgebühren seitens der Verwaltung des Saargebiets zur Folge haben.

K. W. A. Nüdesheim, 5. Febr. Auf Anordnung des Preussischen Landesgetreideamtes zu Berlin wird hiermit bekannt gegeben, daß das Brotgetreide in Zukunft bei Roggen und Weizen mit 90%, und bei Gerste mit 85% auszumahlen ist. Die Festsetzung dieses Ausmahlungsmaßes gilt sowohl für Selbstverarbeiter als auch für die für den Kommunalverband zu verarbeitenden Mengen Brotgetreide und tritt sofort in Kraft.

Nüdesheim, 9. Febr. Zwei maskierte Einbrecher stalteten in der Nacht zum Sonntag der Otto Sturm'schen Villa einen Besuch ab, durchwühlten mehrere Zimmer und gelangten auch in das Schlafzimmer der Frau St. Während die Diebe sich an den Schränken zu schaffen machten, wurde Frau St. durch das Geräusch wach, die aber sofort von einem Einbrecher geblendet wurde, während der andere ihr den Revolver auf die Brust hielt mit der Forderung auf Herausgabe ihres Geldes. Auf die Antwort, daß sie größere Geldbeträge nicht im Hause habe, aber in der Rückenlast müsse noch Geld vorhanden sein, begab sich Frau St. mit ihrem unheimlichen Besuche nach der Küche. Auf dem Wege dorthin, hatte Frau St. die Geistesgegenwart, blieb an der Tür des Schlafzimmers des in der Villa wohnenden franz. Kreisverwalters stehen und sagte, daß sie in diesem Zimmer noch etwas Geld habe, das sie holen wollte. Glücklicherweise war dessen Tür nicht verschlossen, sie machte dieselbe auf und schlug sie schnell zu mit dem Rufe: Diebe! Diebe! Der schlafende Offizier erwachte, sprang auf, griff sofort nach seinem Revolver und wollte zum Zimmer hinaus, wurde aber von Frau St. zurückgehalten. Das elektrische Licht war durch Entfernung der Sicherungen abgestellt, ebenso die elektrischen Klingeleitungen. Als man später im Hause nachlag, waren die Kerle verschwunden; sämtliche Türen im Untergeschoß standen offen. Nur durch die Geistesgegenwart und das unerschrockene Auftreten der Frau St. waren die Diebe zu wegwandern, von ihrem nächtlichen Vorhaben, das auf Raub, Ueberfall und Mord hinielte, Abstand zu nehmen. Der am gestrigen Morgen herbeigeholte Polizeihund nahm die Spur durch die Oberstraße nach dem Rheinufer. Öffentlich wird es den Polizeiorganen gelingen, der Einbrecher habhaft zu werden.

Aus Rheinhessen, 8. Febr. Für 1919er Weine wurden in Sprendlingen 23 000 Mk., Gaubiddeheim 20 000—24 000 Mk. für das Stück erlöst. Für 1919er Weine wurden 24 000 Mk. für die 1200 Liter bezahlt.

Nieder-Jungelheim, 9. Febr. Einen schrecklichen Tod fand der 80 Jahre alte Landwirt Wolf von hier. Man bemerkte am Morgen, wie aus seinem Schlafzimmer Rauch quoll. Als man ins Zimmer drang fand man das Bett in Flammen und den Greis verbrannt daliegen. Wie das Feuer entstehen konnte ist bis jetzt noch unbekannt. Untersuchung ist eingeleitet.

Hoppard (Abein), 9. Febr. Seit Dienstag Mittag 12 Uhr wird der 7-jährige Sohn der Eheleute Bäuerle vermisst. Der Kleine sollte Milch holen und wurde mit einem anderen Jungen gesehen. Trotz aller Nachforschungen konnte noch nicht festgestellt werden, ob dem Kinde ein Unglück zugestoßen ist oder ob es entführt wurde. Für die Auffindung ist eine Belohnung zugesichert.

Frankfurt a. M., 7. Febr. Wo steckt das Silbergeld? Welche Mengen Silbergeld manche Hamster aufgezapelt haben, erhellt aus der Tatsache, daß ein Frankfurter Wirt dieser Tage allein für 30 000 Mk. (Friedenswährung) Silbermünzen bei einer chemischen Anstalt abließerte und dafür rund 200 000 Mk. erhielt.

Frankfurt, 8. Febr. (Lästiger Ausländer.) Es wird geschrieben: Ausländer am deutschen Wirtschaftskörper sind die sich seit Monaten in Frankfurt aufhaltenden Polen und Galizier. Ihre Zahl dürfte nach polizeilichen Schätzungen von rund 2000 nicht zu niedrig sein. In der Hauptsache treiben diese Leute Handel mit Gold- und Silbermünzen, Juwelen u. sonstigen Wertsachen die sie in Mengen in das Ausland führen und dadurch ganz wesentlich zum Zusammenbruch des deutschen Volkes beitragen. Am Samstag schritt die Polizei endlich einmal gegen diesen Krebsgeschaden ein, indem sie unter einem großen Beamtenaufgebot in allen Stadtteilen gleichzeitig etwa 180 Polen und Galizier festnahmen und dem Strafgefängnis Preungesheim zuführen ließ. Von hier werden sie nach Aburteilung wegen unerlaubter Einreise als lästige Ausländer aus Frankfurt bzw. Preußen ausgewiesen und nehmen in Offenbach oder Aschaffenburg ihren Betrieb wieder auf.

Saarbrücken, 8. Febr. In dem Köln-Strahburger Schnellzug wurde bei der Gepäckrevision während der Fahrt, letzte Nacht eine Gesellschaft Galizier festgestellt, fünf Männer und zwei Frauen, die 130 000 Mark deutsches Silbergeld nach Frankreich verschleppen wollten. Das Geld wurde

befehlsgemäß, die Schieber verhaftet. Einer derselben sprang, als er sich ertappt sah, während der vollen Fahrt bei Böttingen aus dem Zuge hinaus. Der Schnellzug wurde sofort zum Halten gebracht, man fand den Schleichhändler schwer verletzt am Bahndamm liegen und transportierte ihn in ein Saarbrücker Krankenhaus.

Aus Stadt und Land.

Ausperrung in der Solinger Industrie. Infolge des vertragsbrüchigen Verhaltens der Arbeiter durch Arbeitsniederlegung, Gruppenkündigung und Forderung höherer Löhne unter Androhung der Arbeitskündigung hat der Verband Solinger Fabrikantenevereine sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen zum 19. Februar gekündigt. Die im Streik befindlichen Arbeiter sind entlassen. Die Heimarbeit erhalten keinerlei Material mehr. Der Arbeitgeberverband der Metallindustrie wird sich diesem Beschluß anschließen.

Die Landarbeiterbewegung in Pommern. Die im Schloß zu Stettin vom Oberpräsidenten einberufenen Verhandlungen über die Kündigung der Landarbeiter haben zwischen dem Pommerschen Landbund und Deutschen Landarbeiterverband nur insoweit zu einer Verständigung geführt, als sie erklärten, die im Aussicht stehende Verordnung befolgen zu wollen. Die Verhandlungen über Abschluß eines Tarifvertrages sollen am 12. ds. Mts. beginnen.

Wegen Vergiftungsverdacht verhaftet. In Stettin verstarb unter Vergiftungserscheinungen nach dem Tode von Kaffe die 76 Jahre alte Witwe Mahne. Da vor einiger Zeit auch die Tochter der Frau Mahne, die Witwe Hube, unter ähnlichen Vergiftungserscheinungen verstorben war, wurde jetzt der Kaufmann Werner Hube unter dem Verdacht festgenommen, seine Großmutter und seine Mutter vergiftet zu haben, um sich in den Besitz des Erbteils zu setzen und eine geschiedene Frau heiraten zu können.

Neuer Konflikt im Ruhrgebiet. Nachdem erst eben über den Abschluß eines Tarifvertrages im Ruhrkohlenbergbau zwischen den Zechen und dem Bergarbeiterverbände eine Einigung erzielt worden ist, wodurch auch die Gefahr von Streikungen der Kohlenförderung durch die Sechs-Stunden-Schicht vorläufig beseitigt ist, droht jetzt ein neuer Konflikt im Ruhrbezirk. Die Tarifverhandlungen zwischen dem Zechenverbände und dem Verbände der Maschinen- und Gelzer sind von diesen abgebrochen worden, weil statt der geforderten Erhöhung des Stundenlohnes von 1,50 Mark nur eine Erhöhung von 1 Mk. neben einer Erhöhung des Kindergebeldes von 20 Pfa. auf 1 Mk. zugestanden werden sollte. Das Reichswirtschaftsministerium will vermitteln und Gasreisen.

Schweres Eisenbahnunglück. Der Expreszug 110 stieß bei Verrigny auf einen dort stehenden Güterzug. Drei Wagen erster und zweiter Klasse wurden dabei zerstört, und es gab 17 Tote und 30 Verwundete.

Zwei Schlafwagenmorde. Die große Zimmerwagen in den Berliner Hotels hatte die Hotelbesitzer zu der Anregung bei der Eisenbahndirektion veranlaßt, die in mehreren Monaten unbenutzten Eisenbahn-Schlafwagen so aufzustellen und einzurichten, daß die vorhandenen Betten den obdachlosen Reisenden zur Verfügung gestellt werden können. Nach langwierigen Vorarbeiten und nach Ueberwindung großer technischer Schwierigkeiten kann nun der Einzug der obdachlosen Reisenden in die Schlafwagen erfolgen. Zumisch sind 18 Schlafwagen zur Aufstellung gekommen, davon zehn auf dem ehemaligen Militärbahnhof in Schöneberg und sechs auf dem Anhalter Bahnhof. Diese Wagen, die alle von Grund auf ausgebessert sind und tadellose Inneneinrichtung erhalten haben, bieten für 320 Schlafgäste Raum. Für ausreichende Heizung und Beleuchtung ist Sorge gemacht. Der Verkehr ist nun so geregelt, daß die Reisenden durch das Mitteleuropäische Reisebüro abgegeben und auch dort tags zuvor bestellt werden können. Der Preis beträgt 15 Mark, hinzu kommt noch eine Vormerkgebühr von 2 Mark; für diejenige Beamtentag erhält der Reisende außer der Schlafgelegenheit noch ein Frühstück. Der Aufenthalt in den Schlafwagen darf vor 9 Uhr abends nicht beginnen und muß spätestens um 9 Uhr früh beendet sein. In den nächsten Tagen werden noch eine Anzahl Wagen auf den übrigen Berliner Fernbahnhöfen dem öffentlichen Verkehr übergeben werden, so daß nach Freigabe des gesamten Bestandes mehr als 600 Betten den Reisenden zur Verfügung stehen.

Ein Sultansteppich der Kaiserin gestohlen. Aus einem Möbelwagen, in dem Möbel und Teppich aus dem Schloß in Homburg v. d. Höhe nach dem Schloß in Berlin verladen worden waren, ist auf der Fahrt nach Berlin das kostbare Stück gestohlen worden. Es handelt sich um einen in Bekanndung eingetragenen wundervollen orientalischen Teppich, der vom Sultan Abdur Hamid der deutschen Kaiserin zum Geschenk gemacht worden ist. Der Teppich ist in Blau und Weiß gehalten und weist den eingewebten (türkischen) Namenszug der Kaiserin auf.

Der Abschied von Oberschlesien. Am Freitag fand die letzte deutsche Parade auf ober-schlesischem Boden in der Regierungshauptstadt Oppeln statt. Vertreter der städtischen und Regierungsbehörden, die Vereine und Schulen mit Fahnen in schwarz-weißen roten nahmen daran teil. An der Parade nahm eine vieltausendköpfige Menge teil. Oberbürgermeister Dr. Reugebauer sprach den Truppen den herzlichsten Dank für den Schutz während der Kriegszeit und bis zum heutigen Tage aus. Generalleutnant v. Requis dankte der Stadt und Bevölkerung für die lebenswichtigen Aufnahme, gedachte der gefallenen Oberschlesier während des Krieges und führte aus, daß die Truppen nur deshalb scheiden, weil sie scheiden müssen, sie aber sofort wiederkommen werden, wenn Oberschlesien sie ruft. Während die Musik das Gedächtnislied für die Gefallenen und anschließend „Ich hatt' einen Kameraden“ sowie das Preußenlied spielte, rollte Karrenvoller als Abschiedsgruß über die Stadt. Zimmer wieder wurden die darauf abmarschierenden Truppen von der Bevölkerung begrüßt und ihnen ein Wiedersehen zugerufen.

Seltene Folsen der Heferschwemmung. Aus Emsburg wird geschrieben: In den überschwemmten Biesen am Elbufer sind sehr viele Mauswürfe ertrunken, die nun auf dem Wasser schwimmen. Die Anaben der umliegenden Dörfer fischen diese Tiere auf, und verkaufen deren Felle, die das Stück mit drei Mark bezahlt werden.

Bekanntmachung.

Der auf dem Wege nach Marienthal vom Gasthaus Dwe. Gieß bis zum Dey'schen Grundstück lagernde Grabenauswurf, kommt am Montag, den 16. Februar, vorm. 11 Uhr, im hiesigen Rathhause öffentlich zur Versteigerung.

Geisenheim, den 9. Februar 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Mittwoch, den 11. und Donnerstag, den 12. ds. Mts., kommt im Wirtschaftsamt

Margarine

in nachstehender Reihenfolge zum Verkaufe.

Am Mittwoch:

Für Nr. 916-1034 der Fettkarte von 8-9 Uhr vorm.			
" " 1-90 " " 9-10 " "			
" " 91-180 " " 10-11 " "			
" " 181-250 " " 11-12 " "			
" " 251-345 " " 2-3 nachm.			
" " 346-440 " " 3-4 " "			
" " 441-535 " " 4-5 " "			

Am Donnerstag:

Für Nr. 536-630 der Fettkarte von 8-9 Uhr vorm.			
" " 631-725 " " 9-10 " "			
" " 726-820 " " 10-11 " "			
" " 821-915 " " 11-12 " "			

Die Reihenfolge ist genau einzuhalten. Auf die Person entfallen 250 Gramm zum Preise von 3,- M. und wird Feld 18 der Fettkarte entwertet.

Es wird dringend gebeten Kleingeld und Einwickelpapier mitzubringen.

Geisenheim, den 9. Februar 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Im hiesigen Wirtschaftsamt kommen täglich während der Dienststunden folgende Artikel zum Verkaufe:

Tomatenmark in Dosen per Stück	3,-
Maggi Suppenwürfel 3 Stück	0,35
Herbputz „Onil“, per Stück	0,20
Boullionwürfel	0,02
Ei-Erfah „Palet“	0,10
Mandelnufgebäckpulver	0,20
Steril. Milch, per Dose	7,60
Cond. gezuckerte Milch per Dose	8,50
Deutscher Tee, per Dose	0,50
Getrodnete Zwiebeln	

Geisenheim, den 24. Januar 1919.

Der Magistrat.

Warnung!

In letzter Zeit sind uns eine Menge Eisenteile darunter brauchbare und wertvolle, gestohlen worden.

Schulpflichtige Knaben steigen über Mauern und Zäune und rauben alles, wofür Althändler hohe Preise bieten. Die bis jetzt festgestellten Fälle sind der Staatsanwaltschaft übergeben worden.

Wir warnen die Althändler dringend, den Ankauf von Altmaterial das von schulpflichtigen Kindern überbracht wird und dessen Herkunft fraglich ist, zu unterlassen.

Kaolinwerke.

Buchführungskursus

für Handwerker sowie deren Frauen u. Töchter läßt der Gewerbeverein demnächst abhalten.

Anmeldungen nehmen entgegen der Kursleiter, Herr Lehrer Ortseifer, der Vorführende Herr Installationsmeister Jakob Edel und Lehrer Kild.

Beginn des Kursus, sowie die Höhe des Beitrages zur Deckung der Kosten werden nach Schluß der Meldungen bekannt gegeben.

Der Vorstand des Gewerbe-Vereins.

Chantiermeister

von Mainzer Sektkellerei gesucht.

Gef. Anerbieten unter V 9364 an Ann.-Exped. D. Frenz, G. m. b. H., Mainz.

Danksagung.

Für die vielen Beweise wohlthuernder Teilnahme an dem schmerzlichen Verluste unserer lieben, unvergesslichen Tochter und Schwester

Fräulein

Johanna Rapp

sagen wir allen herzlichen Dank. Besonderen Dank den Altersgenossen und -Genossinnen, sowie für den erhebenden Grabgesang und die reichen Kranzpenden.

Familie Kaspar Rapp.

Geisenheim, Hundsangen, den 9. Februar 1920.

Kaufmännischer Verein Mittel-Rheingau

Dienstag, den 10. Febr., abends 7 Uhr im Hörsaal der Lehranstalt für Wein-, Obst- und Gartenbau, Geisenheim.

VORTRAG

des Herrn Justizrat Dr. Fuld-Mainz, über: „Das Reichsnotopfer“.

Eintrittskarten à Mk. 1.— für Nichtmitglieder sind erhältlich bei den Herren W. Aug. Ostern, Hillen und Laut sowie abends an der Kasse.

Der Vorstand.

Institut St. Joseph.

Donnerstag, 12. Febr. 1920, 4 1/2 Uhr (Bahnzeit) findet im Turnsaal der höheren Mädchenschule der Ursulinen ein

Eltern-Abend

mit Vortrag von Frl. Oberlehrerin Breuer-Frankfurt a. M., statt.

Die Eltern unserer Schülerinnen, sowie alle, die sich für die neue Schulfrage interessieren, sind freundlich dazu eingeladen.

Die Ursulinen.

Tücht. Degorgeur

von linksrheinischer Sektkellerei bei guter Bezahlung und Lebensstellung gesucht.

Angebote unter Nr. B. M. 40 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Buch- und Kunstdruckerei

Arthur Jander

Verlag der Geisenheimer Zeitung



Alle Drucksachen für den privaten Bedarf, für Handel, Industrie und Gewerbe, sowie Behörden

Verloren

wurde auf der Straße von Geisenheim über Winkel ein

Damenpelz

(Edelmarter). Gegen gute Belohnung abgegeben bei Amtmann Wehmer, Geisenheim, Bahnstraße 1.

Lehrling

mit guter Schulbildung für kaufmännisch. Büro gesucht. Selbstgeschriebene Angebote unter Nr. 111 an die Geschäftsstelle der Zeitung erbeten.

Süßsch

möbl. Zimmer

ohne Pension vom 1. März ab oder sofort zu mieten gesucht.

Angebote unter D. 232 an die Geschäftsst. erbeten.

Hohe Preise

zahlen wir für jede Menge

Altmetalle

wie Eisen, Bleche und Bruchgut.

Bat. Waas, Inh. Gebr. Waas Geisenheim a. Rh.

Kaufe

jedes, auch das kleinste Quantum öf- u. säurefreie

Wein- und Sekt-Flaschen.

Friedrichstr. 22, Büdesheim Römerberg 7, Geisenheim, Hauptstr. 104, Winkel, Andreasstr. 4, Erbach.

Ia. Salzheringe

„ Bismarkheringe

„ Rollmöpfe

„ Lachsbrüchlinge

„ Handkäse

zu billigsten Tagespreisen.

Warenhaus Kittel

Telefon Nr. 161.

Als neu eingetroffen empfehlen:

Maronen

und

Oelfardinen.

Geschn. Gietz

Bindenpl. 2. Telef. 208.

Hotel Restaurant, Cafe
Hotel zur Linde
Telefon Nr. 205.

„Cäcilia“ Geisenheim.

Veranstaltung Andr. Ober

Mittwoch Abend 7 Uhr:

Gesangstunde.

Pünktliches und vollzählig. Erscheinen erwünscht. Der Dirigent.

Gesangverein Liederkrantz.

Heute Abend 7 Uhr:

Gesangstunde.

Vollzähl. und pünktlich. Erscheinen erwünscht. Der Dirigent.

Turnerschaft Geisenheim von 1858.

Heute Abend:

Turnstunde

der aktiven Turner und Böglinge. Vollzähliges Erscheinen dringend erwünscht. Der Turnauschuß.

Rath. Gesellenverein Geisenheim.

Heute Abend 7 1/2 Uhr:

Regel-Abend.

Der Präses.

F. I. Geisenheimer Fußballverein 1908

Heute Dienstag Abend 7 1/2 Uhr:

Vorstandssitzung.

Sämtliche Vorstandsmitglieder, Beisitzer und Spielauschuß haben zu erscheinen. Der Vorstand.

Ia. Cacao

Ia. Trink-Chokolade

Feinste Ess-Chokolade

garantiert rein.

in Stollwerk, Sprengel und andere Qualitätsmarken zu Original-Fabrikpreisen empfiehlt

Warenhaus Kittel

Telefon Nr. 161.

Täglich

frische Wurst

Pferdefleisch

nur gegen Bestellung

Samstags bei Karl Raib, Gastwirt Weinstraße 11.

Aepfel.

verschiedene Sorten und jedes Quantum hat billig abzugeben.

E. Dillmann

vorm. Gregor Dillmann Kirchstr. 18. Telef. 198.

Täglich

frische Wurst

Frau Joh. Bach

Weinstraße 11.

Wissen Sie das Alter Ihrer Hühner?

Spiral-Geflügel-

Fussringe

in verschiedenen Farben

empfehlen

P. Jos. Klein Geisenheim

Steinheimerstr. 5.